Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 17. August 2009
Ausgabe 154

Inhaltsverzeichnis

Meldungen **2**
› Ausstellung „Wasser und Bäume“ im Umweltladen 2
› Führung durch die Ausstellung „Nude Visions“ 2
Antworten auf Stadtratsanfragen **3**
› Externe Vergaben bei der Stadt München 3
› Tarifstreit Kinderbetreuung: Wo steht die Stadt wirklich? 4

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **7**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Meldungen

Ausstellung „Wasser und Bäume“ im Umweltladen
(17.8.2009) Der Umweltladen setzt seine Ausstellungsreihe von Münchner Künstlern fort und zeigt von August bis Ende Oktober ausgewählte Werke von Anna Kiiskinen. Die aus Finnland stammende Künstlerin zeigt vier ihrer Bilder zum Thema „Wasser und Bäume“, Acryl auf Leinwand und Baumwollgewebe im Umweltladen. „Wasser ist ständig in Bewegung, aber Fotografie und Malerei sind in der Lage, diese flüchtigen Momente festzuhalten und sichtbar zu machen,“ erläutert Anna Kiiskinen ihre Werke. Wasser als Naturelement ist Anna Kiiskinen durch ihre Heimatstadt Tampere, Finnland, die direkt zwischen zwei großen Seen liegt, seit ihrer Kindheit vertraut. Sie näherte sich dem Thema erst fotografisch, dann malerisch. Die unterschiedlichsten Formationen und Spiegelungen im Wasser, die sich je nach Wetter, Licht, Tages- und Jahreszeit ändern, üben eine tiefe Faszination auf die Künstlerin aus. Seit 2007 malt die Künstlerin nun auch Bäume, vor allem Birken, deren zebraartige Stammverzierung es ihr besonders angetan haben. In ihren neueren Bildern hat sie Wasserstrukturen im Hintergrund von Bäumen erscheinen lassen oder Spiegelungen von Bäumen im Wasser gemalt. Seit 1991 lebt Kiiskinen in München. 1993 begann sie ihr Studium der Kunstpädagogik in München. Seit 1995 malt sie intensiv und ist seit 1999 als Künstlerin mit eigenem Atelier tätig.
Die Öffnungszeiten des Umweltladens sind: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den angegebenen Zeiten zu erreichen, per E-Mail über umweltberatung.rgu@muenchen.de. Im Internet lautet die Adresse *www.muenchen.de/umweltladen.*

Führung durch die Ausstellung „Nude Visions“
(17.8.2009) Die Ausstellung „Nude Visions. 150 Jahre Körperbilder in der Fotografie“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, gibt anhand namhafter Fotografen, darunter Franz Hanfstaengl, Wilhelm von Gloeden, Frank Eugene, Stefan Moses, Herlinde Koelbl, Jürgen Teller und Thomas Ruff einen repräsentativen Überblick über die Geschichte der Aktfotografie von ihren Anfängen bis heute. Rudolf Scheutle führt am Donnerstag, 20. August, um 15 Uhr durch die Ausstellung. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 17. August 2009

Externe Vergaben bei der Stadt München
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU) vom 13.8.2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

In Ihrer Anfrage führten Sie aus: „Im Hinblick auf die aktuelle Scheinempörung der Bundesjustizministerin sowie der Grünen-Fraktionschefin Künast über die externe Vergabe der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes durch den Bundeswirtschaftsminister frage ich:

1. Wie viele Gutachten, Untersuchungen etc. vergibt die Stadt München jährlich extern?
2. Welche Kosten fallen dafür jährlich an?“

Hierzu ist festzustellen:

1. Im Einleitungssatz wird Bezug genommen auf die Vergabe eines Gesetzgebungsentwurfs durch den Bundeswirtschaftsminister an eine Wirtschaftskanzlei. Bei diesem Fall ging es nicht um die Vergabe eines Gutachtens oder einer Untersuchung, deren Ergebnis in die weitere Bearbeitung des Ministeriums eingehen sollte, sondern um die Vergabe eines kompletten Gesetzesentwurfs, in den alle Abwägungen des Ministeriums und der andern Dienststellen der Bundesregierung hätten einfließen müssen. Einen vergleichbaren Vorgang gibt es bei der Stadtverwaltung selbstverständlich nicht. Vergleichbar wäre es, wenn ein berufsmäßiger Stadtrat eine Anwaltskanzlei beauftragen würde, eine fertige Beschlussvorlage für den Stadtrat zu erstellen, ohne dass das Referat und die Referatsleitung noch Ergänzungen oder Veränderungen vornehmen.
2. Über die Zahl, die Themen und die Kosten von Gutachten wird der Stadtrat laufend in eigenen Vorlagen unterrichtet.

Tarifstreit Kinderbetreuung: Wo steht die Stadt wirklich?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 9.7.2009

Antwort Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle:

Sie haben am 09.07.2009 folgende Anfrage gestellt:
„Tarifstreit Kinderbetreuung: Wo steht die Stadt wirklich?" Vertreter der Stadt betonen bei Gesprächen in Kinderbetreuungseinrichtungen, dass sich die Landeshauptstadt für eine Verbesserung der gesundheitlichen Rahmenbedingungen und für eine Anhebung der Bezüge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinderbetreuung einsetzte. Mit den Tarifverhandlungen hätte die Stadt nichts zu tun, weil diese zwischen ver.di und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) geführt würden. Als Verhandlungsführer an der Spitze des VKAs steht der Münchner berufsmäßige Stadtrat Dr. Böhle und vertritt dort die Interessen der Arbeitgeber. München ist Gründungsmitglied im bayerischen VKA, welcher wiederum Mitglied im Deutschen VKA ist. Dr. Böhle hält die Streiks für illegal, weil sie gegen das so genannte tarifrechtliche ultima - ratio - Prinzip verstoßen würden.
Die Landeshauptstadt steht somit offensichtlich auf Seite der Arbeitgeber und vertritt deren Interessen.
Eine Vielzahl von Eltern ist angesichts der bereits durchgeführten und noch zu erwartenden Streiks beunruhigt und hat große Probleme bei der Betreuung ihrer Kinder an den Streiktagen und einige sehen ihre Jobs gefährdet. Gleichzeitig steht fest, dass eine Verbesserung der Gehälter und der medizinischen Rahmenbedingungen unabdingbar sind. Dies schon alleine wegen des Mangels an verfügbaren Kräften in der Kindertagesbetreuung. Angesichts dieser äußerst komplizierten Situation stellt sich die Frage, welche Position die Stadtspitze im Tarifstreit einnimmt."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich um die Beantwortung Ihrer Anfrage gebeten. Zu Ihren Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Einwirkungsmöglichkeiten hat die Landeshauptstadt auf den deutschen VKA?

Frage 2:
Welche Rolle spielt der bayerische VKA im Tarifstreit?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München ist über den Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern e. V. (KAV) Mitglied der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Bundesrepublik Deutschland. Diese Verbände besitzen auf der Grundlage des Tarifvertragsgesetzes Tariffähigkeit. Die VKA stellt einen Zusammenschluss aller Kommunalen Arbeitgeberverbände der Bundesländer dar. Die Rechte und Pflichten der Mitgliedsverbände sind in der jeweiligen Verbandssatzung geregelt. Eine direkte Einwirkung der Landeshauptstadt ist grundsätzlich nicht vorgesehen, Anträge und Wünsche sind über den KAV Bayern an die VKA zu richten.

Der KAV Bayern wirkt durch seine Gremien mit bei der Willensbildung der VKA bei Entscheidungen, die nur auf Bundesebene getroffen werden können.

Als Personalreferent der Landeshauptstadt München übe ich seit Ende 2004 gleichzeitig den Vorsitz der VKA und des KAV Bayern aus. Dies beinhaltet jedoch eine strikte Trennung dieser Funktionen von meiner Stellung als Personal- und Organisationsreferent der Stadt München.

Frage 3:
Wie lange noch sollen die für Tarifverhandlungen typischen Rituale auf dem Rücken der Eltern ausgeführt werden?

Antwort:
Es ging nicht um die Ausführung „typischer Rituale", sondern um die Lösung eines außerordentlich schwierigen Tarifkonflikts.

Frage 4:
Gibt es eine Möglichkeit, aus den Verbänden auszuscheren und eigene Tarifverträge für München mit ver.di auszuhandeln?

Antwort:
Die Stadt München ist als Verbandsmitglied verpflichtet, die jeweiligen Tarifverträge anzuwenden. Der Abschluss eigener Tarifverträge ist nur mit Zustimmung des Tarifverbandes zulässig.

Die Landeshauptstadt München könnte aus dem KAV Bayern austreten und die Mitgliedschaft zum Ende des Kalenderjahres beenden. Durch den Verbandsausstieg bestünde jedoch eine Nachwirkung des bisherigen Tarif-

rechts mit der Möglichkeit, mit der Gewerkschaft neue Vereinbarungen abzuschließen. Ein Verbandsausstieg würde die Situation nicht erleichtern, ganz im Gegenteil, es wäre dann alles zu verhandeln, nicht nur die Gehaltsstruktur.

Bisher hat sich der Stadtrat in vielen Entscheidungen für die Anwendung des geltenden Tarifrechts ausgesprochen. Ich gehe davon aus, dass das auch weiterhin die Grundlage der städtischen Personalpolitik ist.

Frage 5:
Welche Tarifstrategien entwickelt die Stadtspitze angesichts des angestrebten weiteren Ausbaus der Kinderkrippen und die sich negativ auswirkende enge Arbeitsmarktsituation?

Antwort:
Die Stadt München nutzt den Rahmen des vorhandenen Tarifgefüges, ein eigener Münchner Weg ist auf Grund der Verbandszugehörigkeit weder sinnvoll noch möglich (siehe Fragen 1 und 2).
Zum erfolgreichen Werbekonzept der Stadt München habe ich erst vor Kurzem auf die Anfrage der Stadtratsmitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Manuela Olhausen und Josef Schmid (CSU) geantwortet. Die Antwort wurde in der Rathaus Umschau vom 09.07.2009 veröffentlicht.

***Frage 6*:**
Auf welcher Seite im Tarifstreit steht die Landeshauptstadt tatsächlich und warum wurden nicht längst einvernehmliche Lösungswege gesucht?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München steht als Mitglied des KAV Bayern in Solidarität zu dessen Positionen. Der Münchner Personal- und Organisationsreferent hat in seiner Rolle als Präsident der VKA und Vorsitzender des KAV Bayern maßgeblich an der Lösung des Konflikts mitgewirkt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 17. August 2009

Verschuldung vorbeugen
Antrag Stadtrat Alexander Reissl (SPD)

Bürokratie pur – Die Menschen werden vergessen!
Anfrage Stadträte Marian Offman und Hans Podiuk (CSU)

Ist eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit durch Lebensarbeitszeitkonten oder Zeitwertkonten für städtische Mitarbeiter möglich?
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Evelyne Menges und Hans Podiuk (CSU)

Wie kann das Wohnungsamt den Mehraufwand durch die Wohngeldnovelle meistern?
Anfrage Stadträtin Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Umgang der Staatsgewalt mit der kritischen Öffentlichkeit beim Gelöbnis der Bundeswehr am 30.07.2009 auf dem Marienplatz
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 17. August 2009

Verschuldung vorbeugen

Antrag:

Die Stadt erarbeitet ein Konzept, wie jungen Menschen Wissen und Verhalten vermittelt wird, Verschuldung zu vermeiden. Dabei soll vor allem genutzt werden, dass Kinder und Jugendliche über viele Jahre hinweg Kontakt mit Erziehungs- und Lehrpersonal haben. Zusammen mit dem staatlichen Schulamt, den Trägern der offenen Jugendhilfe werden Fortbildungen und Unterrichtungseinheiten entwickelt, die das Erziehungs- und Lehrpersonal befähigen, im Rahmen ihrer Arbeit, zum Beispiel im Sozialkunde oder Wirtschaftsunterricht, die lange wirkenden Folgen von Verschuldung aufzuzeigen.

Begründung:

Ohne Zweifel stellt Verschuldung für viele junge Menschen eine große Belastung auf dem Weg in ein selbständiges und selbst bestimmtes Leben dar. Verschuldung vermeiden ist sinnvoller als Verschuldung mühsam abzustottern. Da Verschuldung für viele zu einem realen Existenzrisiko geworden ist, ist es erforderlich, dem Risiko dort zu begegnen, wo die jungen Menschen ohnehin Wissen und Fertigkeiten vermittelt bekommen; in den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulen und in den Einrichtungen der freien Jugendhilfe.

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Hans Podiuk Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
17.08.09

Bürokratie pur – Die Menschen werden vergessen!

In der heutigen Presseberichterstattung wird geschildert, dass viele Wohngeldbezieher seit mehr als einem halben Jahr auf das ihnen seit 1. Januar 2009 zusätzlich zustehende Geld warten müssen. Darüber hinaus wird von einem konkreten Fall einer hochbetagten Rentnerin berichtet, bei der die Wohngeldzahlungen gänzlich eingestellt wurden und die deshalb Sozialhilfe beantragen sollte. Zur Begründung werden personelle Probleme angeführt.

Wir fragen deshalb:

1. Ist der in der Presse vom 17.08.2009 geschilderte Sachverhalt korrekt wiedergegeben?

2. Wenn ja, warum wurde nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen, um die Gesetzesreform, wie vorgesehen, umzusetzen?

3. Warum konnten die vom Stadtrat zusätzlich beschlossenen Stellen nicht besetzt werden?

4. Wo und wann wurden die Stellen ausgeschrieben, welche Bewerbungen sind eingegangen?

5. Welchen Sinn hat es, wegen der Probleme bei der Wohngeldbewilligung einen weiteren Arbeitsvorgang (Sozialhilfegewährung) bei der Behörde einzuleiten?

6. Wird ggf. durch die Vorleistung bei der Sozialhilfe dann eine Rückforderung notwendig?

7. Welche konkreten Maßnahmen werden unternommen, um die unhaltbaren und entwürdigenden Zustände bei der Wohngeldbewilligung umgehend zu beenden und den Antragstellern rasch das zustehende Geld zu überweisen?

8. Wie viele nicht abgeschlossene Fälle liegen derzeit vor?

9. In welchem Zeitraum können sie bearbeitet werden?

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

gez.
Marian Offman, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Hans Podiuk Dr. Evelyne Menges

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
8o331 München

Antrag
17.08.09

Ist eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit durch Lebensarbeitszeitkonten oder Zeitwertkonten für städtische Mitarbeiter möglich?

Die Stadt prüft, ob die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten oder Zeitwertkonten für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinnvoll und machbar ist.

Begründung:
Die Erhöhung des Renteneintrittsalters und das Auslaufen der Förderung der Altersteilzeitvereinbarungen schränken den Gestaltungsspielraum für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. Durch neue, flexiblere Arbeitszeitmodelle, die insbesondere durch das sog. Flexi-II Gesetz ermöglicht werden, wie z.B. Lebensarbeitszeitkonten oder Zeitwertkonten bieten immer mehr Arbeitgeber attraktive Möglichkeiten zur individuellen Lebensarbeitszeitgestaltung.

So haben neben z.B. BMW und BASF auch die Messe München GmbH und das Klinikum Ingolstadt neue Modelle für die Arbeitnehmer entwickelt. Bei der Messe München GmbH können die Mitarbeiter Geldanteile (Gehaltsanteile, Tantiemen usw.) sowie Zeitanteile (Resturlaub, auszahlbare Stunden, Zuschläge) auf ein sog. Zeitwertkonto einzahlen. Die Verzichtsleistungen (immer Geld-Äquivalente) werden angesammelt und verzinst. Sie sind auch insolvenzgesichert. Der Mitarbeiter erhält später („Auszeit“ oder früherer Ruhestand) das angesammelte Geld, ohne dafür arbeiten zu müssen. Ähnlich funktioniert das Modell am Klinikum Ingolstadt. Hier haben die Mitarbeiter die Möglichkeit zwischen zwei Fonds zu wählen: der eine sichert einen früheren Ruhestand, der andere ist eine Art Rentenzusatzversicherung.

Diese flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit kann zur verbesserten Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiter führen, was letztlich nicht nur den Arbeitnehmern sondern auch dem Arbeitgeber dient. Wenn diese Modelle – evtl. in modifizierter Weise – bei der Stadt eingesetzt werden können, soll dies möglichst rasch erfolgen.

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

gez.
Dr. Evelyne Menges, Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 17.08.2009

Anfrage

Wie kann das Wohnungsamt den Mehraufwand durch die Wohngeldnovelle meistern?

In der Süddeutschen Zeitung vom 17.08. wird über eine 93 Jahre alte Rentnerin berichtet, die seit langen Jahren Wohngeld bezieht und nun seit Monaten auf ihren neuen Wohngeldbescheid wartet und außer ihrer kleinen Rente bis heute kein Geld mehr bekommt. Der Sachbearbeiter im Sozialbürgerhaus ist offenbar wegen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage, den Wohngeldantrag der Rentnerin zügig zu bearbeiten. Offenbar wurde die alte Frau nach längerer Wartezeit und mehreren Nachfragen schließlich darauf verwiesen, einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen. Dieses Vorgehen konterkariert nicht nur die Absicht des Gesetzgebers, die Anzahl der Leistungsbezieher nach SGB II und SGB XII zu vermindern, sondern zwingt ältere, behinderte und vor allem auch arbeitslose Menschen, sich den strengen Überprüfungen des Sozialamts bzw. der ARGE für Beschäftigung München GmbH zu unterziehen. Viele empfinden dies als demütigend, manche verzichten sogar auf diese Leistungen und versuchen mit Darlehen über die Runden zu kommen bis das Wohngeld bewilligt und bezahlt wird.
Der Stadtrat hat am 25.09.2008 beschlossen, im Wohnungsamt 15 Stellen für die Mehrarbeit aufgrund der Wohngeldnovelle neu zu schaffen. Das Wohnungsamt begründete den Stellenbedarf damit, dass im Jahr 2009 eine Steigerung des Antragszugangs um 100% erwartet würde. Dies würde ein Antragsvolumen in 2009 von 24.000 Wohngeldanträgen in den Sozialbürgerhäusern bedeuten. Außerdem müssten noch 5000 Fälle neu entschieden werden, die vor dem 01.01.2009 Wohngeld bezogen hatten.
Aufgrund der erhöhten Leistungen nach der Wohngeldnovelle rechnete das Wohnungsamt mit einer Erhöhung der Empfängerhaushalte um 72%.

Wir fragen daher:

- Wann wurden die vom Stadtrat bewilligten Stellen eingerichtet?
- Wann und wie viele der Stellen wurden besetzt?

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

- Welche Maßnahmen wurden getroffen, um die nicht besetzten Stellen möglichst rasch besetzen zu können?
- Wie lange dauert es derzeit durchschnittlich, bis über einen Wohngeldantrag entschieden ist?
- Wie viel Wohngeldanträge sind im ersten Halbjahr 2008 eingegangen und wie viel Anträge im ersten Halbjahr 2009?
- Ist es gängige Praxis, dass während dieser Bearbeitungszeit die Betroffenen einen Antrag nach SGB II oder XII stellen müssen?
- Wie viel Wohngeldanträge sind derzeit nicht bearbeitet?
- Was wird unternommen, um Rückstände zügig aufzuarbeiten?
- Laut Gesetz erhalten Wohngeldempfänger unter bestimmten Voraussetzungen eine Einmalzahlung von mindestens 100 Euro. Wann und an wie viele LeistungsempfängerInnen wurde dieser Betrag ausbezahlt. Gibt es hier Rückstände?

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / Rosa Liste

gez.

Jutta Koller

Stadträtin

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 17.08.2009

Anfrage: Umgang der Staatsgewalt mit der kritischen Öffentlichkeit beim Gelöbnis der Bundeswehr am 30.07.2009 auf dem Marienplatz.

Beim öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr auf dem Münchner Marienplatz am 30.7.2009 griff die Staatsgewalt (Polizei, USK und GSG) hart gegen Menschen durch, die das Gelöbnis kritisierten. Dieses willkürliche Vorgehen der Staatsgewalt hat viele Menschen bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, gehindert.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Oberbürgermeister:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage beruhte die Repression der Staatsgewalt gegen die kritische Öffentlichkeit bzw. ihre teilweise Ausschließung?

2. Dürfen sich die Kritiker einer öffentlichen Veranstaltung kritisch äußern, und wenn ja, in welcher Form (Transparente, Pfiffe, Plakate, Buh-Rufe etc.)?

3. Darf die Polizei bei einem öffentlichem Gelöbnis wegen dem Tragen von kritischen Plakaten (z.B. „Keinen Orden für das Morden) oder wegen dem Pfeifen mit einer Trillerpfeife, Menschen in Gewahrsam nehmen oder ihnen einen Platzverweis erteilen?

4. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde durch die Polizei das Verteilen von kritischen Flugblättern der Stadtratsgruppe DIE LINKE am 30.7.2009 auf und um den Münchner Marienplatz untersagt sowie den Verteilern ein Platzverweis erteilt?

5. Wie bewerten das KVR und der Oberbürgermeister das Vorgehen der Staatsgewalt gegen die Kritiker des Gelöbnisses?

Orhan Akman
Stadtrat der LINKEN.

Stadtrat: **Orhan Akman• Sprechstunde: Mo.: 17 Uhr bis 18.30 Uhr**
Mitarbeiterin: **Maren Ulbrich**
Bürozeiten: **Mo: 10 Uhr bis 12 Uhr, Di: 14 Uhr bis 16 Uhr und Do: 14 Uhr bis 16 Uhr (Stadtratsbüro Rathaus, Zimmer Nr. 176)**
E-Mail: **info@dielinke-muenchen-stadtrat.de**
Homepage: **http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de**